



SPD

im Rat der Stadt Oberhausen

Rathaus Oberhausen
Schwartzstraße 72
46042 Oberhausen

SPD-Fraktion Rathaus · Schwartzstraße 72 46042 Oberhausen

Telefon:
(0208) 825 2104,
825 3460 und
825 3479
Telefax:
(0208) 2 48 83

E-Mail:
buero@spd-fraktion-
oberhausen.de
Internet:
www.spd-fraktion-
oberhausen.de

Abschlussklärung der SPD-Fraktion zum Haushalt 2017

**Wolfgang Große Brömer MdL
Vorsitzender**

Oberhausen, 21.11.2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

vor knapp fünfzig Jahren hat Bob Dylan, der jüngste Literatur-Nobelpreisträger, einen seiner berühmtesten Songs veröffentlicht: „The Times They Are A-Changin’“.

Und in der Tat: Die Zeiten ändern sich! Nach Jahrzehnten der generellen Ablehnung wird die CDU heute dem Haushaltsplan 2017 zustimmen! „Willkommen in der Wirklichkeit! Willkommen in der Verantwortung“, können wir da nur sagen.

Nach Jahren auf den nur scheinbar harten, in Wahrheit aber gut gepolsterten und bequemen Oppositionsbänken, löst sich die CDU aus ihrer Erstarrung und beteiligt sich an der Verantwortung für den Haushalt.

Vorbei die Zeiten, in denen man sich mehr nörgelnd und meckernd aus der Mitverantwortung an der städtischen Haushaltsplanung herausgemogelt hat. Vorbei die Zeiten, in denen seitens der CDU neben der üblichen SPD-Kritik nur selten Konstruktives zu hören war.

Tatsächlich, sind diese Zeiten vorbei?

Die jüngsten Signale sprechen dafür. Die CDU revidiert oder relativiert zumindest ihre wesentlichen Wahlkampfaussagen und man versucht eine neue Sachlichkeit – auch wenn es noch nicht immer funktioniert. Kurz, man scheint in der realen Welt angekommen zu sein.

An drei Beispielen will ich dies verdeutlichen.

Erstes Thema: Personal

Die SPD-Fraktion hat immer davor gewarnt – übrigens gemeinsam mit der Gemeindeaufsicht, dass die im Haushaltssicherungskonzept genannte Zahl der abzubauenen Stellen äußerst ehrgeizig, wenn nicht gar unmöglich umzusetzen ist. Das hat die CDU-Fraktion nicht daran gehindert, in bester Wahlkampfretorik den darüber hinausgehenden Abbau von 100 zusätzlichen Stellen zu fordern.

Im gerade von uns verabschiedeten Stellenplan ist ein Plus von 68,5 Stellen allein in diesem Jahr ausgewiesen – und die CDU hat zugestimmt. Willkommen in der Wirklichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion!

Zweites Thema: Müllgebühren

Auch hier haben wir davor gewarnt, diesen komplexen Sachverhalt als Wahlkampfthema mit scheinbar einfach umzusetzenden Forderungen zu verwenden. Unseren Vorschlag, die Preisprüfstelle als neutrale Gutachterstelle zu beauftragen, haben Sie als Täuschungsmanöver diffamiert. Unsere Hinweise, dass mit Ihren vorzeitigen und undefinierten Rückzahlungsforderungen der Bestand der GMVA mit ihren Arbeitsplätzen gefährdet würde, haben Sie vom Tisch gewischt.

Unsere Darstellung, dass die Stadt Oberhausen als Minderheitseigentümer nicht allein neue Verbrennungspreise festsetzen kann, sondern diese mit den Miteigentümern verhandelt werden müssen,

haben Sie als falsch zurückgewiesen. Sie haben die Stadt als Abzocker diffamiert und in Ihrer überscharfen Kritik an dem privaten Miteigentümer die LINKE in ihrer Kapitalismuskritik noch weit links überholt.

Und jetzt, wie sieht die Wirklichkeit aus?

Seit einem Jahr liegt der zugrundeliegende Bericht der Preisprüfstelle vor, ein Jahr lang wurde verhandelt. Gleich, im nichtöffentlichen Teil, werden wir endlich einen Schlusstrich unter diese leidige Gebührendiskussion ziehen können. Jedoch anders, als von Ihnen immer gefordert und dargestellt!

Die GMVA wird die zu hoch in Rechnung gestellten Verbrennungsentgelte nicht vollständig zurückzahlen und die Stadt muss aus Steuermitteln „gewisse Kosten“ zusätzlich zahlen. Warum? Weil ansonsten der GMVA die Insolvenz drohen würde und die Arbeitsplätze gefährdet wären!

Und der private Eigentümer? Der beteiligt sich an der Gesamtlösung lediglich mit einem Betrag, den er wahrscheinlich aus der Portokasse bezahlen kann.

Und wenn Apostolos Tsalastras nicht rechtzeitig ebenfalls aus Steuermitteln Rücklagen gebildet hätte, würde uns der Haushalt sowieso nur noch um die Ohren fliegen.

Damit wir uns recht verstehen: Wir haben gar kein besseres Verhandlungsergebnis erwartet, es ist kein gutes, sondern ein befriedigendes. Aber gemessen an Ihren alten Forderungen und

Darstellungen, meine Damen und Herren von der CDU, ist dieses Ergebnis für Sie eine einzige Katastrophe!
Willkommen in der Wirklichkeit!

Drittes Thema: der Haushalt

Was haben Sie doch seinerzeit gegen den Stärkungspakt der rot-grünen Landesregierung gewettert! Die Haushaltssicherungskonzepte wurden u.a. wegen der darin vorgesehenen Steuererhöhungen abgelehnt, das generelle Scheitern der Bemühungen um einen ausgeglichenen Haushalt wurde Ihrerseits in nahezu jeder Haushaltsrede angekündigt.

Nun, wir stehen jetzt vor der Verabschiedung des Haushaltes 2017. Dieser Haushalt wird nicht nur der sechste genehmigte Haushalt in Folge sein, sondern auch der erste seit vielen Jahren, der wieder einen Haushaltsausgleich zum Ergebnis haben wird. Dafür danke ich nicht nur selbstverständlich Apostolos Tsalastras und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmerei, sondern ausnahmsweise auch der CDU-Fraktion. Sie haben zwar im Wahlkampf noch verkündet, die bereits beschlossenen Steuererhöhungen zu stoppen, aber jetzt haben Sie sogar einer zusätzlichen Grundsteuer-B-Erhöhung im Jahre 2021 zugestimmt, um dann den Haushaltsausgleich ohne Landeszuschüsse zu erreichen.

Willkommen in der Wirklichkeit, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion.

Was bedeutet es nun für unsere Stadt, wenn die CDU endlich bereit ist, sich den Realitäten zu stellen? Hat sie lediglich erkannt, dass ihr Traum von einer Mehrheit gegen die Ampelkoalition geplatzt ist? Oder ist sie tatsächlich bereit, ernsthaft Mitverantwortung zu übernehmen?

Aufgaben und Herausforderungen für Oberhausen gibt es genug:

1. Wir brauchen weiterhin einen belastbaren und breiten Konsens bei den Herausforderungen, die sich nicht nur bei der Unterbringung der Flüchtlinge, sondern in einem nächsten notwendigen Schritt auch bei der Integration der Flüchtlinge ergeben.
2. Wir benötigen ein gemeinsames entschiedenes Vorgehen gegen den Versuch, am rechten Rand unserer Gesellschaft einen braunen Sumpf entstehen zu lassen.
3. Wir brauchen mehr und sichere Arbeitsplätze. Nach wie vor haben wir in Oberhausen viel zu wenige Ausbildungsplätze. Hier müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Stadt ihre Vorbildfunktion als Ausbildungsbetrieb weiter stärkt und ausbaut. Nach wie vor ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen bei uns überdurchschnittlich hoch. Die notwendige Realisierung eines Dritten Arbeitsmarktes macht gemeinsame Anstrengungen und Zielsetzungen unentbehrlich. Die Kolleginnen und Kollegen bei MAN-Turbo, die aktuell ihre Arbeitsplätze gefährdet sehen, brauchen unsere Unterstützung und eine klare Aussage, dass wir uns für den Erhalt dieses Industriestandortes einsetzen.

Die Entwicklung der Industrie- und Gewerbeflächen im Oberhausener Norden muss sorgfältig begleitet werden, damit qualifizierte und wertschöpfende Arbeitsplätze entstehen können.

4. Die sinnvolle Verknüpfung der weiteren Gestaltung des Bildungsplanes mit den Maßnahmen aus dem Kommunalen Investitionsfördergesetz und dem Landesprogramm Gute Schule 2020 sind eine weitere wichtige Aufgabe für uns alle. Hinzu kommt die Begleitung der pädagogischen und schulorganisatorischen Zielsetzungen des Bildungsplans. Hier seien nur die Themen Inklusion und Digitales Lernen genannt.
5. Die Entwicklung der Stadtteile und Innenstadtbereiche ist die letzte Aufgabe, die ich – vorerst – nennen möchte. Die Tatsache, dass sich die CDU noch im September 2013 gegen die Entwicklungsprojekte Ankauf HDO, Jobcenter an der Unteren Marktstraße und Errichtung eines Jugendzentrums in der Innenstadt ausgesprochen hat, ist ja offensichtlich inzwischen „vergessen“. Das bietet die Chance, dass zum Beispiel die Projekte „Soziale Stadt Osterfeld“ und „Brückenschlag“ sinnvoll gemeinsam begleitet werden können.

Anrede,
das sind nur fünf Punkte, die es meiner Ansicht nach wert sind, im Interesse der Stadt gemeinsam und ohne Wahlkampfgetöse bearbeitet zu werden. Ich lade Sie dazu ein, gemeinsam mit uns, mit der Ampel-Koalition daran mitzuwirken.

Vor einem Jahr noch, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, hatten Sie noch nicht den Mut, die Verantwortung für den Haushalt mit uns zusammen zu übernehmen.

Aber, wie gesagt: „Die Zeiten ändern sich!“ Und wir geben die Hoffnung darauf nicht auf.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Glück auf!



Rede

der Vorsitzenden der CDU-Fraktion

im Rat der Stadt Oberhausen,

Stadtv. Simone-Tatjana Stehr,

zum Haushalt 2017

Ratssitzung 21. November 2016

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste!

Zum ersten Mal seit 25 Jahren, also zum ersten Mal seit einem Vierteljahrhundert, haben wir den Entwurf für einen ausgeglichenen Haushalt vorliegen.

25 Jahre!

Vor 25 Jahren hielt ich gerade mein Abiturzeugnis in den Händen.

Herr Große-Brömer hingegen ist bereits seit 1989 Ratsmitglied.

Er konnte also ein Vierteljahrhundert keinen ausgeglichenen Haushalt loben.

Ich kann dies in meiner zweiten Haushaltsrede und ich mache es auch.

Nicht zuletzt, weil ein ausgeglichener Haushalt natürlich gut für unsere Stadt ist.

Deshalb bedanke ich mich bei allen, die ihre Kraft dafür eingesetzt haben, dieses Ziel zu erreichen. Allen voran natürlich und dafür werden Sie Verständnis haben, bei unserem Oberbürgermeister Daniel Schranz, dessen Handschrift dieser Haushalt erstmals mitträgt.

Ich werde heute aber nicht nur loben. Ich werde auch über Enttäuschungen sprechen, weil auch sie zum Gesamtpaket gehören.

Ehrlicherweise dachte ich tatsächlich, wir seien mindestens einen Schritt weiter. Wir haben doch einiges zusammen auf den Weg gebracht.

Nach Jahren haben Sie erkannt, dass sich bei der **Stadttochter OGM** etwas verändern muss. Gemeinsam haben wir deshalb dafür gesorgt, dass die Wirtschaftsprüfer von KPMG untersuchen, was eigentlich bei der skandalumwitterten OGM im Argen liegt? Ein wichtiger Schritt. Ein Schritt, den wir zusammen gemacht haben, weil er uns allen notwendig erschien, um nicht zu sagen: längst überfällig.

Wir sind **gemeinsam** weitere Schritte gegangen.

Und an dieser Stelle frage ich Sie:

Haben wir auch nur ein einziges Mal gerufen: Das haben wir erfunden!? Das haben wir angestoßen!?

Nein! Das haben wir eben nicht getan. Für die Oberhausenerinnen und Oberhausener ist nämlich überhaupt nicht von Bedeutung, wer etwas auf den Weg bringt. Sie wollen, dass Probleme gelöst und Missstände endlich beseitigt werden.

Natürlich gefällt es uns, wenn die Menschen sagen: Oberhausens CDU hat gute Arbeit geleistet. Sie ist verantwortungsbewusst, konstruktiv und zielführend. Wer wünscht sich das nicht?!

Aber beim Gemeinsamen haben wir stets das Gemeinsame betont und uns vor allem darüber gefreut, dass sich etwas im Sinne der Stadt und ihrer Menschen bewegt.

So haben wir als Politik in meiner Wahrnehmung doch gemeinsam um die besten **Ideen** für die Entwicklung einer zukunftsfähigen Schullandschaft gerungen. Und ich bin stolz darauf, dass wir am Ende Ziele und Aufträge formulieren konnten,

die in eine hoffentlich bessere Zukunft für unsere Bildungslandschaft führen.

Und, was wir überdies versprechen: Dass wir genau beobachten, ob diese Wege auch gewählt werden.

Wir werden heute an anderer Stelle darauf zurückkommen.

Denn leider ist auch dies eine Oberhausener Erfahrung: Die besten Ideen, die besten Anstöße können hier sang- und klanglos versickern.

Bei unserer **Sauberkeitsoffensive**, die weit über das hinausreicht, was sich unter dem Stichwort Sauberkeit auflisten lässt, wird das jedoch nicht passieren. Darauf, das haben wir gemeinsam schriftlich festgelegt, werden wir ein waches Auge haben.

Es geht uns darum, unsere Innenstadt mit ihren im Jahr immer noch fast dreieinhalb Millionen Besuchern wieder nach vorn zu bringen - und in der Folge natürlich auch die Innenstädte von Sterkrade und Osterfeld. Darum geht es Ihnen, meine Damen und Herren von der Koalition, offenbar auch. Ansonsten hätten Sie ja sicher nicht Ihre guten Ideen eingebracht.

Und ansonsten hätten wir die Dinge sicher auch nicht gemeinsam angeschoben.

Es herrscht auch durchaus eine **Stimmung**, in der die Arbeit und die Zusammenarbeit hier Freude bereiten. Mit BOB, mit der Bürgerliste, mit der Linken Liste und auch mit der Koalition.

Ist das wichtig fragen Sie? Ich meine: ja. Es ist wichtig. Freude an der Arbeit und trotz aller Unterschiede, oft auch großer Unterschiede, Freude an der Zusammenarbeit zu haben. Freude daran zu haben, die besten Wege für unsere Stadt zu finden. Und dabei kann es durchaus sein, dass man feststellt: die anderen liegen richtig oder die Wahrheit liegt in der Mitte.

Nur sind wir wirklich alle bereit dazu, ggf. offen zu bekennen: Wir lagen falsch? Für uns kann ich unterstreichen, dass wir das sind. Das apodiktische „nein“ schmeichelt zwar dem Ego mehr, aber ein „ja“ dient dem Fortkommen unserer Stadt. Und das ist unser Auftrag – nichts Anderes.

Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, sie an Prozessen in unserer Stadt zu beteiligen, ist ein Anspruch, den auch unser Oberbürgermeister Daniel Schranz ernsthaft und zielgerichtet umsetzt, wie es diese Stadtgesellschaft bisher so nicht kennenlernen durfte.

Unabhängig von der weiteren Entwicklung der Flüchtlingssituation, die der Oberbürgermeister, die Verwaltung, die Ehrenamtlichen und zahlreiche Menschen bis heute unglaublich engagiert und bewundernswert bewältigt haben, sind wir eine Stadt, die in einer äußerst **schwierigen Situation** steckt.

Aber wir sind eine gute Stadt. Und ich merke erstmals, seit ich im Rat der Stadt bin, dass das aktiv nach außen getragen und wahrgenommen wird.

Karstadt ist am Ende nicht in Oberhausen ansässig. Das haben wir sicher alle als Enttäuschung empfunden.

Andererseits durften wir feststellen:

Wir sind auf der Landkarte.

Wir werden gesehen.

Wir kommen in Betracht, wenn aktiv Gespräche aufgenommen werden und klug verhandelt wird. Das macht Mut.

Mut übrigens auch für andere Projekte. Beispielsweise für die Entwicklung des **Waldteichgeländes**, wo idealerweise tausend neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Wir sind für vernünftige Ideen, vernünftigen Lösungen und zügiges Handeln.

Wen hier im Saal ärgert es nicht, dass die **Hygienebegehungen** in den Schulen einfach nicht beginnen? Wen hier im Saal bewegt es nicht, dass in den vergangenen Monaten Überfälle, Schlägereien, bis hin zu einer Schießerei die Sicherheit massiv einschränken – und das im unmittelbaren Umkreis des Polizeipräsidiums.

Das ist Besorgnis erregend und auch wir als Politik müssen gemeinsam darüber nachdenken, wie wir dem entgegenwirken können.

Es gibt zahlreiche weitere Themen, mit denen wir uns intensiv beschäftigen müssen: Sollten wir wirklich in unserem historisch als **Parkstadt** angelegten Oberhausen 4000 überwiegend gesunde alte Bäume fällen?

Sollten wir unsere wunderschönen alten Alleen in triste ersatzbepflanzte Straßenzüge verwandeln? Doch nicht ernsthaft ...

Was alles wollen wir noch erreichen?

Wäre es nicht großartig, wenn wir uns gemeinsam das Ziel setzen und daran arbeiten würden, dass unsere Stadt zur **verkehrssichersten Stadt** Deutschlands wird? Ein Ziel, das doch sicher über alle Parteigrenzen hinausgeht.

Wir, und das kann ich für die CDU einmal mehr unterstreichen, wollen einfach nicht mehr in jedem Negativranking am schlechtesten dastehen.

Wir werden vielmehr unser Bestes dafür geben, dass schlicht die Regeln eingehalten werden, die ohnehin bestehen. So wollen wir keine wahnwitzigen Überholmanöver, Rasereien und gefährliche Rennen. Wir wollen nicht, dass ohne Konsequenzen Rotlicht ignoriert wird, Behindertenparkplätze und Fahrradwege zugeparkt und Fußgängerzonen als Parkplätze genutzt werden. Wir möchten solche, leicht zu behebenden Missstände verantwortungsbewusst beseitigen. Zum **Schutz** unserer Bürgerinnen und Bürger.

Wir haben den Anspruch, schon bald über Oberhausen hören und lesen zu können: Das ist eine attraktive, eine sichere, saubere, grüne, eine rundum lebenswerte Stadt mit einem tollen **Radverkehrssystem**, das auch tatsächlich angenommen und nicht nur mit einem Radverkehrsanteil von sechs Prozent verbucht wird – übrigens einmal mehr ein unterirdischer Wert im Vergleich mit anderen Städten.

Radverkehrsförderung – sofort!

Und dabei geht es uns, meine Damen und Herren, nicht um politisches Kalkül. Uns geht es nicht darum, taktisch zu agieren. Uns geht es darum das anzustoßen, was gut für Oberhausen ist.

Und ich habe den Eindruck, dass trotz der schwierigen Mehrheitsverhältnisse erstmals genau diese Möglichkeit hier realistisch gegeben ist und sich in einzelnen Ergebnissen schon durchsetzt.

Dabei haben wir zweifelsfrei nicht immer richtiggelegen, aber wir haben den Anspruch, offen, ehrlich und selbstkritisch zu diskutieren und für das einzutreten, das wir als wichtig erachten.

Und bis zu diesem Moment konnte man mir auch nicht den Vorwurf machen, darauf herumgeritten zu sein, wer denn für die **Misere**, in die unsere Stadt steckt, verantwortlich ist. Es erschien mir nämlich nicht hilfreich, ständig zurückzuschauen.

Aber von Zeit zu Zeit muss man eben doch zurückblicken. Ich mache es kurz, weil es meinem Verständnis – auch vom politischen Miteinander – widerspricht, hier den Schwerpunkt zu setzen.

Sie, Herr Große-Brömer, haben 25 Jahre lang als Ratsmitglied, als führender Kopf der durchregierenden SPD in dieser Stadt keinen ausgeglichenen Haushalt erlebt.

Sie sind selbstverständlich mitverantwortlich für diese Misere.

Und dann lesen wir von Ihnen in der Zeitung: „Oberbürgermeister Daniel Schranz erntet doch jetzt nur, was andere vor ihm gesät haben.“

Ihre Saat, Herr Große-Brömer, hat ein Vierteljahrhundert lang zu zahlreichen Missernten geführt. Das ist die Wahrheit! Und eine andere wäre mir wahrlich lieber!

Nehmen wir beispielhaft allein das Thema **Müllgebühren**? Jahrelang hat die SPD, Ihre SPD, nachweisbar mit allen Mitteln versucht, zu verhindern, dass zu viel gezahlte Müllgebühren zurückgezahlt werden müssen. Jahrelang. Nachweisbar. Die CDU-Fraktion hat sich unter dem Vorsitz von Daniel Schranz ebenso jahrelang, ebenso nachweisbar kraftvoll dafür eingesetzt, dass unsere Bürgerinnen und Bürger bekommen, was ihnen zusteht.

Das Resultat heute: Unsere Bürgerinnen und Bürger bekommen, was ihnen zusteht. Freuen Sie sich von mir aus auch gerne in aller Stille. Sie müssen weder der CDU-Fraktion noch dem Oberbürgermeister zujubeln. Aber erzählen Sie bitte auch keinen Unsinn! Geschichtsklitterung hilft unserer Stadt so wenig wie Trickserieien.

Und lassen Sie uns beispielhaft noch auf Enttäuschungen blicken, die schon nahezu peinlich berühren:

Im Kulturausschuss wird vom Sprecher der SPD vorgeschlagen, 50.000 Euro zusätzlich in soziokulturelle Aktivitäten zu stecken.

Der Kämmerer wusste sofort, wo er diese Summe einsparen könnte. Es schien so, als hätte er nur auf die Geburt dieser wunderbaren Idee gewartet.

Und auch für jeden weiteren Vorschlag der Koalition findet sich auf wundersame Weise eine Kompensationsmaßnahme.

Vorhang auf:

Der SPD-Kämmerer schaut im Finanz- und Personalausschuss auf die SPD-Anträge, entschuldigen Sie, auf die Koalitionsanträge, die er allesamt - nicht mehr wirklich überraschend - klasse fand. Vor allem aber fand er: Das lässt sich alles realisieren, Spardiktat hin, Spardiktat her!

Einen Höhepunkt bieten dabei die Kitagebühren, mit deren Erhöhung Sie, Herr Tsalastras, einen ausgeglichenen Haushalt auf den Weg bringen wollten, nachdem diese Gebühren übrigens seit 2008 in keinem Haushalt zum Gegenstand wurden. Und dann fällt Ihnen urplötzlich wie Schuppen von den Augen: Ich kann doch auf eine Erhöhung der Kitagebühren verzichten, wenn die Parkgebühren am Kaisergarten erhalten bleiben.

Die SPD war so zuvorkommend, diese völlig schräge Verknüpfung medial in Szene zu setzen. Zitat: „Dass einerseits Parkgebühren am Kaisergarten nur noch an den Wochenenden gezahlt und andererseits die Kitagebühren generell um drei Prozent angehoben werden sollen, ist mit der SPD-Fraktion nicht zu machen.“

Diese beiden Maßnahmen haben nichts, aber auch gar nichts miteinander zu tun. Glauben Sie, Herr Tsalastras, dass Ihnen irgendjemand diesen Unsinn abnimmt?

Das, meine Damen und Herren, ist nicht einmal mehr schlechtes Theater: Das ist eine Schmierenkomödie.

Ich sage Ihnen allen, was wir uns wünschen und wofür wir stimmen:

Wir wollen gegen die Erhöhung der Kitagebühren stimmen.

Wir wollen für den Vorschlag des Modells stimmen, dass Parkgebühren am Kaisergarten nur noch an den Wochenenden erhoben werden.

Wir werden nicht mit einem Lächeln zustimmen.

Aber wir tragen dieses Modell mit, weil es in unserer, nicht von uns in die Misere gebrachten Stadt, immerhin mehr erreicht als nichts.

Wir werden dem Haushalt und dem Haushaltssanierungsplan 2017 zustimmen, weil wir nach vorne blicken und weil dieser Haushalt erstmals seit 25 Jahren ausgeglichen ist!

Sicher stimmen wir auch nicht mit einem Lächeln zu, aber wir leisten unseren Beitrag und haben nach einem intensiven politischen Jahr mit neuen Mehrheitsverhältnisse (ich denke u.a. an die Entscheidung des Schulausschusses über die Zügigkeit, die zurück an den Rat gegeben wurde) die Hoffnung, dass wir zusammen eigentlich auf einem guten Weg sind.

Wir haben zahlreiche Ideen entwickelt, immer geleitet von unserem Kernanliegen: Was tut unserer Stadt gut und was belastet sie ökonomisch nicht noch weiter?

Schauen Sie sich die Ideen an, auch jene, die bereits vorher vom Kämmerer einkassiert wurden.

Was könnte unserer Stadt guttun und sie gleichzeitig ökonomisch zumindest nicht weiter belasten?

Oder, um es so schräg verknüpfen, wie gerade unter dem Stichwort Schmierenkomödie beschrieben:

„Dass man einerseits nicht gegen lebensgefährliche Raserei im Straßenverkehr vorgeht und andererseits die Kitagebühren erhöht werden sollen, das ist mit der CDU-Fraktion nicht zu machen.“

Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, suchen vernünftige Ideen und sind der Ansicht, dass endlich der Anspruch auf das „Wer hat's erfunden Prinzip“ überwunden werden muss. Wir sind politisch in dieser Stadt in einer neuen Zeit angekommen:

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD bringt das für ihre eigene Fraktion sympathisch selbstkritisch auf den Punkt:

Die SPD sei „betriebsblind“, „das Empathische bleibt auf der Strecke“ und weiter „vielleicht haben die Menschen auch zu viele Jahre immer dieselben Gesichter in der SPD gesehen“.

(WAZ, 18.11.2016)

Sehr geehrte Frau Bongers, das muss nicht so bleiben.

Wir suchen gerne mit Ihnen allen, über die Parteigrenzen hinweg, nach vernünftigen Lösungen, ohne dass eine Fraktion oder Gruppierung ihr Profil aufgeben muss, aber stets mit dem Anspruch, dass das Wohl der Menschen und die Entwicklung unserer Stadt unser Auftrag ist.

Vielen Dank – Glückauf!

Simone-Tatjana Stehr
Oberhauen, 21.11.2016

Haushaltsrede 2017

zur Verabschiedung des Haushaltes in der Ratssitzung am 21.11.2016

Dr. Martin Goeke
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine Damen und Herren,

liebe Gäste,

auch wenn wir langsam aber sicher in die Vorweihnachtszeit eintreten, wir können uns an der heute hier verkündeten „frohen Botschaft“ nach einem erstmalig seit 25 Jahren ausgeglichen Haushalt, nicht so erfreuen, wie Sie es tun. Nach wie vor sind uns die tiefen Einschnitte im städtischen Haushalt und die Opfer, welche die Oberhausenerinnen und Oberhausener hinnehmen mussten, nur allzu präsent.

Bei der Beschäftigung mit dem Haushalt musste ich gleich mehrmals an Bertolt Brechts berühmtes Stück „Der gute Mensch von Sezuan“ denken. Dort wird die Frage aufgeworfen, ob es ein gutes Handeln im Schlechten geben kann. Bei der Bewertung des Haushalts möchte ich mich daher im Konkreten mit der Frage beschäftigen, ob es ein gutes politisches Handeln unter schlechten Bedingungen geben kann.

Ich denke, dass wir uns schnell einig sind, dass die deutsche Finanzverfassung strukturelle Schwächen aufweist, die sich gerade bei den Kommunen kumulieren. Der kommunale Anteil am Gesamtsteueraufkommen sinkt, während die kommunalen Aufwendungen, gerade im Bereich der Leistungsgesetze steigen. Doch als Kommune sind wir bei dieser Frage machtlos. Es handelt sich hier um Bundesgesetzgebung, bei der die kleinste, aber wichtigste politische Einheit durch eine nicht ausreichende Finanzierung zur Handlungsunfähigkeit gezwungen wird. Ich frage mich, wie kann es sein, dass die öffentlichen Kassen im ersten Halbjahr 2016 einen Überschuss von 18,5 Milliarden Euro erzielen und sich in Berlin mit der „schwarzen Null“ brüstet wird, während in den Kommunen nichts ankommt und

ihre Verschuldung steigt? Seit vielen Jahren gehört Oberhausen mit seinen derzeit gut 1,6 Milliarden Euro Schulden zu jenen deutschen Kommunen mit der höchsten Schuldenlast. Wie wenig sich der Bund an den realen Aufgaben der Kommunen beteiligt, wird unter anderem an den Kosten für die Geflüchteten deutlich. Der Bund zahlt einen Jahresbetrag von 10.000 EUR pro Flüchtling, tatsächlich benötigt werden von der Stadt Oberhausen jedoch 15.000 EUR je Flüchtling. Die Zuweisungen von Bund reichen bei weitem nicht aus, damit Oberhausen die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Unterbringung, Versorgung und Integration bewältigen kann.

Doch nicht nur der Bund ist an der desaströsen finanziellen Lage der Kommune mit verantwortlich, auch das Land trägt hier eine Mitschuld. Um der schwierigen Situationen in den Kommunen Herr zu werden, brachte das Land den sogenannten „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ auf den Weg, dem sich Oberhausen gegen unsere Stimmen anschloss. Der Stärkungspakt war und ist aber keine ausreichende Lösung der Unterfinanzierung der Kommunen. Er war nicht einmal eine ausreichende Hilfe zur Selbsthilfe. Denn bei der vermeintlichen Hilfe des Landes handelt es sich um eine Zwangsmaßnahme: Die Stadt ist gesetzlich verpflichtet, ihr Defizit durch Leistungstreichungen oder durch Steuererhöhungen auf null zu bringen, möchte sie im Gegenzug Landesgelder erhalten, die weit unter dem eingekürzten Betrag liegen. In diesem Zusammenhang wird viel darüber gesprochen, dass die Stadt „sparen“ müsse. Aber es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen Sparen und Kürzen: Wer etwas spart, baut eigenen Besitz auf, der später genutzt werden kann. Was Sie aber hier seit Jahren machen, ist aber genau das Gegenteil: Nichts wird gespart, also für später zur Seite gelegt, sondern im Gegenteil: Durch Ihre Kürzungspolitik wird die kommunale Substanz immer weiter abgebaut! Das ist unsere zentrale Kritik an der Haushaltspolitik: Was Sie uns als „Haushaltssicherungskonzept“ verkaufen wollen,

sichert den Haushalt keineswegs, sondern trägt zur Zunahme von Unsicherheit, Unterversorgung und Prekarisierung in unserer Stadt bei.

Sparhaushalte und Spardiktate von der Bezirksregierung sind daher nicht der Ausweg, Schulden machen auch nicht. In den vergangenen Jahren hat Oberhausen durch wiederholte Haushaltssicherungskonzepte bereits die Leistungsfähigkeit der Kommune für ihre Bürgerinnen und Bürger geschwächt: Weniger Schwimmbäder, dafür höhere Eintrittspreise, weniger Sportanlagen, Investitionsstau in den Schulen, Parkgebühren am Kaisergarten und ein Abbau an Kulturangeboten, wie dem Bücherbus und die Schließung von Stadtteilbibliotheken. Auch mit den finanziellen Mitteln aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen ist Oberhausen 2021 immer noch nicht schuldenfrei. Es werden bis dahin - vielleicht – nur keine zusätzlichen Schulden gemacht, aber die Altschulden lasten weiter auf Oberhausen.

Die Profiteure dabei sind vor allem private und finanzmarkt-orientierte Banken, die sich an den Zinserträgen die Hände reiben. Und so müssen im Haushalt 2017 alleine 37 Millionen Euro als Zinsausgaben veranschlagt werden. Auch der Stadtkämmerer kommt in der Verwaltungsvorlage nicht herum zu schreiben: „Es wird deutlich, dass die enorme Belastung aus der Vergangenheit den Haushalt weiter nachhaltig belastet und die Zinsbelastung ein großes Risiko für die Zukunft darstellt.“

Zwar appellieren wir alle seit Jahren an den Bund und an das Land Veränderungen herbeizuführen, getan hat sich aber kaum etwas. Eine Kritik an Bundes- und Landespolitik muss deshalb in der Haushaltsdebatte immer wieder geäußert werden, da sie uns Kommunalpolitiker zu einem Handeln in einem schlechten System zwingt.

Jedoch ist es da auch an Ihnen, meine Damen und Herren, an ihre Parteienvertreterinnen und -vertreter in Land, Bund und EU zu appellieren, die entsprechenden Gesetze auf den Weg zu bringen.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf für 2017 steht heute genauso zur Verabschiedung an, wie das mehrmals gegen unsere Stimmen beschlossene Haushaltssicherungskonzept. Sie feiern heute den Haushaltsausgleich und suggerieren den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, dass weitergehende Kürzungen alsbald ein Ende haben werden. Viel zu selten wird erwähnt, dass der Haushaltsausgleich für 2017 nur mit Hilfe der Gelder des Stärkungspaktes gelungen ist. Diese Gelder werden ab 2021 auslaufen und weitere Kürzungen werden auch in den nächsten Jahren auf der Tagesordnung stehen.

Wir wissen, dass der Kämmerer einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen muss. Wir wissen aber auch, dass viele Zahlen darin auf Hoffnung gebaut sind. Da braucht nur die Konjunktur zu stottern, die Bevölkerungsentwicklung hinter den Erwartungen zurückbleiben oder ein einzelner großer Steuerzahler wegbrechen. Wie schnell wir plötzlich unter einer Haushaltssperre stehen, haben wir erst vor drei Monaten erleben dürfen.

Und aus diesem Grund werden auch in den folgenden Jahren weitere Kürzungen und Gebührenerhöhungen auf die Oberhausenerinnen und Oberhausener hinzukommen. Heute hat der Rat dies mit der Anhebung der Grundsteuer B bereits getan.

Ein weiteres Beispiel für ihre verfehlte Haushaltspolitik ist die Personalpolitik. Das jüngste Schreiben des Personalsrats auf der einen Seite, aber auch die Forderungen der Gewerkschaften auf der anderen Seite sollten Mahnung genug sein. Sie weisen jeweils zu Recht darauf hin, dass bei der Feuerwehr, im Jugend- und Sozialbereich

und für die Bewältigung der Herausforderungen aus der Flüchtlingssituation, aber auch in diversen anderen Bereichen Neueinstellungen dringend notwendig wären, um den aktuellen Personalmangel zu beseitigen.

Der fortlaufende Haushaltssanierungsplan wird hingegen auch weiterhin gravierende Einschnitte beim Personal in unserer Verwaltung erfordern. Bereits in der Vergangenheit ist eine Vielzahl von Arbeitsplätzen „weggefallen“, weil die freigewordenen Stellen nicht wiederbesetzt wurden. Bis zum Jahr 2021 wird es in der Verwaltung somit 200 Stellen weniger geben, als noch im Jahr 2012. Wir müssen uns die Frage stellen, wie viel Mehrbelastung für Angestellte in unserer Stadt noch zumutbar ist. Denn, weniger Personal bedeutet nicht weniger Arbeit und die Arbeitsverdichtung in einzelnen Abteilungen ist evident. Das heute neu eingestellte Personal wird fast ausschließlich mit Zeitverträgen über Drittmittel finanziert und abgespeist. Befristete Beschäftigung bedeutet existentielle und finanzielle Unsicherheit für die Betroffenen – daher treten wir uneingeschränkt für die Schaffung von sicheren Beschäftigungsverhältnissen ein. Gerade die Stadt als öffentlicher Arbeitgeber hat hier eine Vorbildfunktion, die sie auch erfüllen sollte. Die gängige Praxis hingegen hat genau das Gegenteil zur Folge: Sie führt nicht zur dazu, dass die Motivation sinkt, sondern macht auch krank. Die Verwaltung hat hierbei eine große Verantwortung: Gut ausgebildetes Personal vorzuhalten und qualitative Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt zu erbringen. Doch wie soll das auf Dauer funktionieren, wenn immer mehr Personal abgebaut wird, oder „gute Leute“ abwandern, weil sie in der Verwaltung keine Zukunftsperspektiven haben? Zur Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern in ihren individuellen Lebenslagen, aber auch zur Stärkung von Sozialräumen sind qualitativ gute Sozialleistungen notwendig. Gerade Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, die Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenslagen, von

Menschen mit Behinderungen und die Integration von Geflüchteten sind als kommunale Leistungen in unserer Gesellschaft zunehmend wichtig.

Insbesondere in der Flüchtlingsarbeit wird das Fehlen an Stellen aktuell deutlich. Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle daher zunächst den vielen Ehrenamtlichen für ihren unermüdlichen Einsatz und ihr Engagement, aber natürlich ebenfalls den Angestellten der Verwaltung. Jedoch, zur Betreuung der Flüchtlinge wird grundsätzlich noch mehr hauptamtliches und qualifiziertes Personal benötigt.

Die Haushaltssanierung machte nicht mal vor Schulen und Bildung halt, wie in diesem Jahr bei der Diskussion um den Bildungsplan nur allzu offenkundig wurde. Dieser stand ganz unter der Maßgabe aus Düsseldorf, Finanzkürzungen im Bildungsbereich von über 30 Millionen Euro vorzunehmen. Und das obwohl alleine in unseren Schulen ein Sanierungsstau von über 70 Millionen Euro aufgelaufen ist und dringend angegangen werden muss. Wir fordern daher nach wie vor einen Zeit- und Zielplan für die Gebäudesanierung und die erforderliche Erweiterung des Raumangebots der Schulen für regulären Unterricht, offenen Ganzttag, Inklusion, Schulsozialarbeit und Beschulung von Flüchtlingskindern. Dazu gehören auch die Sanierung maroder Toiletten und die digitale Ausstattung für jede Schule. Nur so kann dem Namen Bildungsplan auch tatsächlich gerecht werden. Investitionen in die Bildung, sind Investitionen in die Zukunft und gehören nicht gekürzt.

Mit Sorgen fragen wir uns, wie wird unsere Stadt im Jahre Zehn des Stärkungspaktes im Jahr 2021 aussehen? Was einmal weg ist, kommt so schnell nicht wieder. Diese Binsenweisheit gilt auch für Oberhausen. Eigentlich sollten wir jede soziale und kulturelle Errungenschaft in Oberhausen bis aufs letzte verteidigen. Stattdessen werden diese aber nun reihenweise abgeschafft um die Kredite der Banken zu bedienen. Mit der Stadtbibliothek Schmachtendorf ist eine weitere wesentliche Kultureinrichtung vom Rückbau betroffen. Zwar redet hier noch niemand öffentlich

von Schließung. Aber Personal und Öffnungszeiten werden zusammengestrichen. Überhaupt ist das im Haushalt eingestellte Geld für die Erneuerung der Bücher in den Büchereien vollkommen unzureichend.

Meine Damen und Herren, diese Aufzählung ist nicht erschöpfend. Aber sie macht hoffentlich deutlich, warum wir diesen Haushalt ablehnen. Er ist geprägt von Rückbau und Selbstbeschränkung.

DIE LINKE steht für eine sozial verantwortungsvolle kommunale Haushaltspolitik, die den Interessen der Menschen in einem solidarischen Gemeinwesen konsequent den Vorrang einräumt. Unsere Zustimmung zu einer Haushaltskonsolidierung um jeden Preis wird es nicht geben.

Wer die Kommunen entlasten will, muss sich Geld von Konzernen, Banken und Milliardären holen. Langsam setzt sich die Auffassung durch, dass die kommunalen Einnahmen massiv gesteigert werden müssen. Es wird sich auch noch die Auffassung durchsetzen, dass dies ohne ein gerechtes Steuersystem, das auch Reiche wieder verstärkt an der Finanzierung des öffentlichen Bereiches einbezieht, unmöglich sein wird.

Wenn die Bundesregierung eine Vermögenssteuer einführen und die Einkommen- und Unternehmenssteuer für die Wohlhabenden anheben würde, um diese endlich in ihre gesellschaftlichen Pflichten zu nehmen, dann hätten wir mehr als 180 Milliarden Euro zur Verfügung.

Wir treten auch dafür ein, die Gewerbesteuer als wichtigste Finanzquelle der Städte und Gemeinden zur Gemeindewirtschaftssteuer weiterzuentwickeln. Dies schließt die Einbeziehung aller unternehmerisch Tätigen mit ein. Eine Verstetigung des Steueraufkommens muss darüber hinaus durch die Ausweitung der Bemessungsgrundlage durch eine stärkere Einbeziehung von Mieten, Pachten und

Leasingraten erfolgen. Im Sinne des Grundgesetzes wird durch eine so gestaltete Gemeindewirtschaftssteuer eine den Gemeinden zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle geschaffen, die dem Grundsatz der finanziellen Eigenverantwortung der kommunalen Selbstverwaltung gerecht wird und diese stärkt.

Zudem setzen wir uns dafür ein, Rekommunalisierungen vorantreiben und umzusetzen. Es ist in zahlreichen Untersuchungen widerlegt worden, dass die Privatisierung von staatlichen und kommunalen Unternehmungen und Dienstleistungen die überschuldeten öffentlichen Haushalte entlasten, ja sanieren könne. Wir wollen die Schaffung öffentlicher Unternehmen mit transparenten Strukturen und Entscheidungsfindungsprozessen. Wir fordern daher die Möglichkeit einer Rekommunalisierung der OGM genauso ins Auge fassen, wie die der WBO und GMVA.

Um auf meine Eingangsfrage zurückzukommen: Insgesamt sehen wir diesen Haushalt nicht als das gute Handeln im Schlechten. Er ist die Fortführung der Kürzungspolitik der letzten Jahre. Eine verlässliche Kinderbetreuung, gute Schulen, eine funktionierende öffentliche Verwaltung, attraktive Kultur- oder Sporteinrichtungen, eine moderne Infrastruktur – das ist das, was Bürgerinnen und Bürger von Ihrer Kommune erwarten. In einem der reichsten Länder sollte ein solches Angebot selbstverständlich sein. Oberhausen ist aber dabei, diese Erwartungen seiner Einwohnerinnen und Einwohner dem Kürzungsdiktat zu opfern, so dass wir in diesem Haushalt kein gutes Handeln im Schlechten finden können. Somit lehnt DIE LINKE LISTE den Haushalt ab.

Es gilt das gesprochene Wort!

Stellungnahme zum Haushalt 2017 und zum Haushaltssanierungsplan

Ratssitzung am 21. November 2016

Hans-Otto Runkler

Vorsitzender der FDP-Ratsgruppe

Es gilt das gesprochene Wort

Vor zwei Jahren, am Beginn der Ampelkoalition in Oberhausen, habe ich ein Bekenntnis der Freien Demokraten zu mehr als zehn Jahren konstruktiven Umgangs und eindeutiger Unterstützung für den schweren Gang in den ausgeglichenen Haushalt erneuert. Ein Gang, der - genau genommen seit drei Jahrzehnten – Rat und Verwaltung, vor allem aber den Menschen in unserer Stadt, äußerst viel abverlangt hat.

Ich sagte an dieser Stelle: *Die FDP trägt auch in der Verantwortung selbstredend den ausgewogenen Sanierungskurs als den einzig aussichtsreichen Weg mit, Oberhausen lebenswert zu erhalten und weiter zu entwickeln.*

Mit einem erstmals wieder ausgeglichenen Haushalt 2017 werden die Früchte der Anstrengungen, wird die Lohn der Angst endlich greifbar. Die Zwänge der Haushaltssanierung sind nicht fort, ganz gewiss nicht, aber es gibt Gestaltungsspielräume. Es bleibt auch notwendig, sorgsam abzuwägen und nicht einfach den bequemen Weg zu wählen.

Denn zu den Besonderheiten des Stärkungspaktes zählt ja, dass eine Abkehr von bereits vor Jahren beschlossenen Maßnahmen eine Kompensation in gleicher Höhe zwingend erforderlich macht. Selbst dann, wenn die Streichung der Maßnahme den Haushaltsausgleich nicht gefährdet. Gleiches gilt für neue freiwillige Leistungen – ein ziemlich irreführender, weil im Kern unsinniger Begriff, der außer Acht lässt, wieviel Lebenswertes und Liebenswertes, wieviel Anziehendes und Werbendes für unsere Stadt sich hinter solchen Aufwendungen verbergen mag.

Das führt zu Entscheidungen, in denen klare Prioritäten gefragt, nein: erzwungen sind. Und hier müssen die Parteien ihre Unterschiede, ihre grundsätzlichen Werte erläutern und klarstellen, wenn nämlich nicht alles Wünschenswerte der Wirklichkeit standhält.

Ein markantes Beispiel, das uns in den Haushaltsberatungen einiges an Kopfschmerz verursachen durfte: So hat der Rat einstimmig beschlossen, auf die Erhebung der Parkgebühren am Kaisergarten zu verzichten. Doch das war eine Maßnahme des Haushaltssanierungsplanes, durch die Eintritt für das Tiergehege vermieden worden war. Für die 250.000 Euro Mindereinnahme per annum muss mithin eine Kompensation her.

Einen kleineren Teil davon, so der Vorschlag des Oberbürgermeisters, den der Rat ausdrücklich mit einem Finanzierungsvorschlag beauftragt hatte, könnte aus seiner Sicht bezahltes Parken lediglich am Wochenende abdecken. Das deckt sich übrigens nicht

nur exakt mit der Forderung im Kommunalwahlprogramm der Freien Demokraten, sondern auch dem Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP. Alles gut also?

Das war es nicht, da diese und andere Kompensationen, z.B. für die Folgen des Schulentwicklungsplans mit dem vernünftigen Verzicht auf Schulschließungen, in einer unheiligen Dreifaltigkeit von Erschwernissen für Kinder und ihre Eltern aufgetischt wurden. Und da war es unsere Aufgabe als Koalition, eindeutig zugunsten der Kinder zu entscheiden und deutlich zu machen, dass es keine Haushaltssanierung geben darf, die in unserer Stadt Zukunftschancen verbauen oder Signale gegen Familien stellen würde.

Wir haben deshalb klargestellt: Für die nicht angenommenen oder heruntergekommenen Spielplätze muss es ein tragfähiges Gesamtkonzept geben. Jeder Euro, und zwar bereits jeder Euro, der im kommenden Jahr 2017 dabei eingespart wird, wird zusätzlich in den Folgejahren ab 2018 für die Sanierung, Attraktivitätssteigerung und Neuschaffung von Spielmöglichkeiten eingesetzt.

Für die Elternbeiträge im Offenen Ganzttag gilt Entsprechendes. Zunächst haben wir die Gebührentabelle grundlegend verändert und deutlich niedriger ausgestaltet, als von der Verwaltung vorgeschlagen.

Die demgegenüber gestärkte soziale Komponente stellt viele Eltern sogar noch besser als bisher. Familien mit mehr als einem Kind werden erheblich begünstigt. Zudem wird jede Mehreinnahme eins zu eins in die Qualitätsverbesserung des Offenen Ganztags fließen, sodass auch hier nur für 2017 eine Bedeutung für den Haushaltssanierungsplan besteht, und das auch nur deshalb, weil diese Mittel ohnehin erst in 2018 wieder ausgegeben werden können.

Und schließlich: die Hoffnung stirbt zuletzt, dass eine Landesregierung auch die schulische, die pädagogische Bedeutung des Offenen Ganztags nicht nur mit Worten anerkennen, sondern auch solide finanzieren könnte. Neuen Handlungsspielraum auf diesem Feld könnte die Stadt sehr gut gebrauchen, um wirklich allen Kindern ein erschwingliches und gutes Schulesen zu ermöglichen. Da bleibt noch einiges zu tun.

Die Anhebung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen haben wir gänzlich abgelehnt. Eine Steigerung um drei Prozent, nachdem die letzte Anhebung 2008 erfolgte: das klingt scheinbar maßvoll. Man müsste allerdings vergessen haben, dass damals

unserer Stadt die ungeheure Anhebung durch Ersatzvornahme der Bezirksregierung und gegen den erklärten Willen des Rates aufgezwungen wurde. An dieser Machtlosigkeit im Not-haushalt lässt sich nichts ändern. Aber der heutige Vergleich mit wohl-situier-ten Städten wie Düsseldorf, die gar keine Elternbeiträge erheben und sich das locker leisten können, oder auch nur den Beitragssätzen im Ruhrgebiet zeigt: Oberhausen hat keine Veranlassung, bei den Kitas an der Gebührenschraube zu drehen.

Hierin war sich die Koalition von vornherein einig. Es hat mich schon etwas verblüfft, dass Ratskolleginnen und -kollegen anderer Fraktionen angesichts unserer Anträge of-fenbar mehr als eine Schrecksekunde durchlebten – und sich dann nicht einmal spontan zu positionieren wussten – ich nehme an, weil solche Überlegungen wohl in deren Haushaltsberatungen keine zentrale Rolle gespielt haben dürften. Aber entscheidend sei auch hier das, was – mit den Worten eines bedeutenden Staatsmannes - hinten her-auskommt.

Spannend waren die Beratungen dann weiterhin, weil freies Parken am Kaisergarten – insbesondere sogar für die überwiegend von auswärts Anreisenden am Wochenende – ganz gezielt zu Lasten der Oberhausener Eltern, zu Lasten der vorschulischen und schulischen Bildung, nicht nur für uns Freie Demokraten ein Unding wäre und ist. Ob es gelingen würde, diesen zugespitzten Konflikt durch einen klugen, auch für die Kommu-nalaufsicht annehmbaren Maßnahmenvorschlag auszuräumen, sei es aus der Verwal-tung, sei es aus der Politik, blieb bis zuletzt ungewiss.

Dieses Beispiel macht für mich deutlich, dass die Segnungen und Zwänge des Stabili-tätspaktes nicht nur Chancen, sondern auch oft genug frustrierende Herausforderungen bieten.

Nach wie vor ist es uns nicht gelungen, einen überzeugenden Schritt weg von der un-rühmlichen Spitzenreiter-Rolle beim Gewerbesteuerhebesatz zu machen, wie wir Libe-ralen dies schon lange fordern. Das freilich ebenfalls eine zwingend zu kompensierende Haushaltssanierungsmaßnahme. Hier steht aber auch der Oberbürgermeister fest im Wort, die nächste, bereits 2012 beschlossene Anhebung ab 2018 zu vermeiden.

Immerhin hat die Koalition durch ihren Antrag erreicht, dass die Einführung einer Über-nachtungssteuer wohl doch verhindert werden kann, weil sich das Beherbergungsge-

werbe freiwillig für die neue städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft OWT engagieren will, wie wir es angeregt hatten, und somit auch langwieriger Rechtsstreit um die vorgebliche Kulturförderabgabe unterbleiben kann. Ein gemeinsames gutes Signal sowohl für eine wichtige Branche mit vielen Arbeitsplätzen als auch für die touristische Attraktivität unserer Stadt. Unser Dank geht an die Beteiligten auf allen Seiten, die dies erfolgreich ausgehandelt haben.

Nicht zu vermeiden war hingegen die ebenfalls bereits vor Jahren beschlossene Anhebung der Grundsteuer. Man kann dabei nur unzulänglich Trost ziehen aus der Tatsache, dass durch die üppigen Rückzahlungen überhöhter Müllgebühren an die Gebührenpflichtigen, also faktisch den fast identischen Personenkreis, auch eine spürbare Entlastung eintritt. Jetzt, denn zuvor wurden sie ja auch einkassiert. Was gern vergessen oder verschwiegen wird: auch diese Rückzahlung nach Rechtskraft der Gerichtsentscheidungen wurde bereits 2012 und nicht etwa erst seit Herbst 2015 beschlossen.

Das ist nun freilich eine auch Entlastung, die den städtischen Haushalt durchgerechnet mal eben an die 20 Millionen Euro kostet, weil die Stadt, ganz anders als sich das Gericht das vorgestellt hat, nur einen minimalen Anteil von dem Unternehmen GMVA und seinem privaten Hauptgesellschafter erstattet bekommt. Man kann da sagen, da hat die Stadtspitze schlecht verhandelt, weil das Resultat den Stadthaushalt so heftig trifft, aber die Wahrheit ist: ein besseres Ergebnis wäre wohl für niemanden erreichbar gewesen. Denn sonst wäre die Müllverbrennung in die Insolvenz geraten, mit verheerenden Folgen für die Arbeitsplätze, und die Stadt hätte dennoch weiterhin die Schuldenlast für das Unternehmen vertraglich aufgebürdet behalten.

Nun hat Oberhausen die im weiten Umfeld grotesk niedrigsten Verbrennungspreise, nachdem bis vor wenigen Jahren ebenfalls absurd überhöhte Gebühren kassiert worden waren. Ein Erfolg des Richterrechts, wo immer Gesetze so unklar und lückenhaft bleiben, und des dirigistisch-staatswirtschaftlichen öffentlichen Preisrechts, das jeden vergleichenden Blick auf die Marktsituation unterbindet und die unkalkulierbaren Risiken von ungleichgewichtigen Public-Private-Partnerships grell beleuchtet. Denn was nutzt ein richterlich festgelegter Erstattungsanspruch an die GMVA, der sich schlicht nicht einfordern lässt. Die beteiligten Städte standen und stehen hier einfach mit dem Rücken an der Wand.

So sind die 20 Millionen Euro, um die nun der städtische Haushalt geschädigt wird und damit die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, alles in allem ein recht hohes Preisschild am gefeierten politischen Erfolg eines politischen Wettbewerbers. Auch hier gilt freilich: sowenig diese selbst etwas zu ihrem besagten Erfolg geleistet haben, so wenig hätten sie etwas zur Abwendung der verheerenden Auswirkungen auf den städtischen Haushalt bewirken können. Es hilft natürlich der Haushaltssanierung überhaupt nicht, dass die hierfür gebildeten Rückstellungen nun definitiv verloren sind, weil der Anspruch auf Erstattung von der Müllverbrennung per Saldo nicht durchsetzbar ist.

Aus den Beratungen der letzten Wochen habe ich bewusst nur einige Streiflichter setzen können. Die Ampelkoalition setzt ihre Ziele mit oftmals engelsgleicher Geduld, aber im Ergebnis zielstrebig zum Wohle der Menschen und unserer Stadt um, und wir freuen uns, dass dies auch nicht selten in konstruktivem Miteinander im Rat und mit dem neuen Oberbürgermeister gelingt.

SPD, Grüne und Freie Demokraten ducken sich nicht vor der Verantwortung weg. Ende letzten Jahres blieb es uns mit dem Oberbürgermeister überlassen, die Mehrheit für den Haushalt und den Haushaltssanierungsplan zu garantieren. Es ist schön, aber auch ein gutes Signal an die Kommunalaufsicht, wenn sich über diesen Stabilitätsanker haushaltspolitischer Verantwortung hinaus weitere Zustimmung für den erfolgreichen Sanierungskurs mobilisieren lässt.

Mein besonderer Dank gilt dem Ersten Beigeordneten und Kämmerer sowie seinen Mitarbeitenden, aber auch dem Oberbürgermeister, dem Verwaltungsvorstand sowie der Mitarbeiterschaft in der Stadtverwaltung und im Konzern Stadt. Mit dem ausgeglichenen Haushalt verbindet sich nicht zuletzt die Perspektive, dass die Entwicklung für die Menschen in der Stadt und auch in den Verwaltungen doch wieder aufwärts zeigen kann.

Und weiterhin gilt: möge nicht nur der ausgesprochen freundliche Umgang mit Anträgen und Initiativen der Konkurrenz verdeutlichen, dass unsere Hand ausgestreckt bleibt für alle Kräfte im Rat, in der Verwaltung, in der Bürgerbeteiligung und in der Stadtgesellschaft, die Oberhausen weltoffen und lebenswert gestalten und mitgestalten wollen.

Vom Haushalt für BürgerInnen zum BürgerInnen-Haushalt

Alle Jahre wieder...

reden wir Reden über den Haushalt, beschließen wir einen Haushaltssanierungsplan, beschließen wir einen Stellenplan, beschließen wir über den Haushaltsplanentwurf, stimmen wir über die Haushaltssatzung ab für das folgende Jahr. Alle Jahre wieder versuchen wir alle uns davon zu überzeugen, dass wir es sind, die für die BürgerInnen unserer Stadt das „Beste“ entscheiden. In diesen ganzen Diskussionen über den abgeschlossenen Haushalt, den existierenden Haushalt (zurzeit gesperrt), die Haushaltsplanung inklusive dessen Sanierung, geraten unserer Ansicht nach die Bürgerinnen und die Bürger aus dem Blick.

Wir alle, die wir hier debattieren, sind gewählt worden von den BürgerInnen unserer Stadt. Sie haben uns gewählt, weil sie sich erhofft haben, dass wir Entscheidungen treffen, die unser aller Leben hier konkret in dieser Stadt lebenswerter machen. Dem sind wir alle verpflichtet.

Die Bürgerliste nimmt diese Hoffnungen der BürgerInnen in unsere Gestaltungskraft als Verpflichtung für alle gewählten VertreterInnen sehr ernst. Wir versuchen, mit dem uns gegebenen Mandat das Maximum an Mit-Gestaltung in unserer Stadt zu verwirklichen. Aber natürlich stoßen die PolitikerInnen in einer Stadt an die Grenzen, der Gestaltungsmöglichkeit einer überschuldeten Kommune, die lediglich durch die Gewährung einer Konsolidierungshilfe des Landes - immerhin für 2016 fast 53 Millionen (52.715.920,01 €)- überhaupt Handlungsspielraum bekommt. Die Gegenleistung sind Spardiktate, die den Handlungsspielraum einer Kommune maximal einschränkt bis hin zur Sperre.

Das Geld wird vom Bund vereinnahmt. Die Höhe des staatlich zur Verfügung stehenden Geldes wird durch Bundesgesetze festgesetzt. Festgesetzt und entschieden von gut verdienenden und gut situierten gewählten VolksvertreterInnen, die für eine gut verdienende und gut situierte Klientel Steuern und Steuersätze festsetzen. Also keine Steuer für Vermögen, aber Steuer für Arbeitseinkommen. Keine progressive Steuer für Zins- und Kapitalerträge. Egal wie viel Zinseinnahmen - schlappe 25 % Steuerlast.

Die soziale Kluft steigt. Daran ändern auch Finanz"krisen" nichts - auch die trifft nicht die Reichen sondern die Armen und verstärkt eher die Ungleichheit.

Zu ändern ist das nicht auf der Ebene der Städte sondern nur auf der Ebene des Bundes. Jeder Antrag zum Haushalt der Stadt kann nur als ein Versuch gewertet werden, kleine Korrekturen in die eine oder andere Richtung anbringen zu wollen. Geben wir den einen Euro, den wir haben eher für Kinder, für Jugendliche, für Alte, für Kranke oder für die schönen Künste aus?

Die Priorität des Haushaltes sind Pflichtaufgaben und lassen kaum Spielraum für die Kür

Der Haushalt des Bundes schließt mit einer schwarzen Null. Die Sollwerte des Haushaltsjahres betragen 316.900.000.000,00 Einnahmen und Ausgaben. Das Geld bekommt der Bund überwiegend von den Bürgerinnen und Bürgern. Die Einnahmen aus der „allgemeinen Finanzverwaltung“ betragen 98 % des gesamten

Bundeshaushaltes. Da sollte man doch davon ausgehen können, dass der Bund sich verpflichtet fühlen würde mit diesem Geld für alle Bürgerinnen und Bürger gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern. Stattdessen gibt es Resolutionen und Berliner Erklärungen „Für die Würde unserer Städte“, aus denen sich zweifelsfrei ergibt, dass Grund für die Kluft zwischen armen und reichen Städte nicht die Sparunwilligkeit der armen Kommunen ist. Ursachen für die geringere Steuerkraft von Kommunen sind Strukturwandel, die zu Langzeitarbeitslosigkeit und hoher Soziallast führen. Des ungeachtet erwarten Bund und Land von einer reichen Kommune die Erledigung derselben Aufgaben wie von einer armen Kommune. Ohne Gegenfinanzierung. Die Musik für Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Integration, Inklusion, offene Kinder- und Jugendarbeit wird von Bund und Land bestellt aber nicht auskömmlich bezahlt und nicht mit ausreichenden MusikerInnen versehen.

Die Kommunen sollen die Geflüchteten integrieren. Die Gelder kommen vom Bund, gehen an die Länder und Land gibt nur Teile davon weiter. Die Kommunen müssen nicht nur finanziell sondern auch personell die Hauptlast tragen. Wie soll eine arme Kommune das finanzieren?

Die Kommunen sollen die Inklusion in den Schulen gewährleisten. Die Gelder kommen - ja kommen sie tatsächlich vom Land? Und wo sind überhaupt die Lehrkräfte, die eine gelungene Inklusion gewährleisten könnten? Das Land NRW hat die Inklusion verpennt. Die Musik ist bestellt und das Land sorgt weder für die MusikerInnen noch bezahlt es die Musik, die notwendig wäre um die Inklusion tatsächlich als einen Gewinn für alle erfahrbar zu machen. Lippenbekenntnisse für Ziele einer Politik, die unernsthaft mit keinem Budget ausgestattet ist.

Die Zuweisungen des Landes für die offene Kinder- und Jugendarbeit ist seit 2008! unverändert - so im Abschlussbericht zur Evaluation der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

„Kein Kind zurücklassen“ - ein floskelbehaftetes Programm, dessen Versagen spätestens dann offensichtlich wird, wenn man die Zahlen der Kinder und Jugendlichen betrachtet, die in den Grenzen von Hartz IV ihr Überleben gestalten im CEVI und bei der Oberhausener Tafel.

„Kids aus dem Sitz“ muss doch nur deswegen als „Programm“ aufgelegt und finanziert werden, weil wir es geschafft haben, eine Umwelt für unsere Kinder zu schaffen, die für unsere Kinder keine „natürlichen“ Anreize schafft, sich zu bewegen. Unsere Kinder sind unsere Zukunft - aber wir versuchen Gelder genau da zu sparen, wo wir eine Zukunft haben.

Das ist würdelos. Die Würde unserer Städte erfordert eine Neuordnung des Finanzsystems, damit die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte wieder in Würde leben können.

So lange müssen wir mit dem auskommen, was Bund und Land uns gewähren. Da können wir den Hebesatz für Gewerbesteuer noch so erhöhen, wir werden damit nur die Unternehmen aus unserer Stadt vertreiben aber nicht unseren Haushalt sanieren

Oberhausen bekommt Zuwendungen vom Land (Stand 2016) 204.907.322,72 €. Diese Zuwendungen sind zu 92 % Schlüsselzuweisung (190.139.184,00 €), der Rest

Investitionspauschalen, Schulpauschalen, Bildungspauschalen, Sportpauschalen. Damit darf Politik die Kämmerei nicht alleine lassen.

Es ist nicht der Job einer Kämmerei politische Ziele zu formulieren. Das kann nur die Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger einer Kommune sein. Und es ist unsere Aufgabe als PolitikerInnen, die Bürgerinnen und Bürger genau bei dieser Zieldebatte zu begleiten.

Sind die Ziele erst mal klar formuliert aus der Mitte der Gesellschaft heraus, dann ist es wieder nicht alleine die Aufgabe der Kämmerei, die Kosten zu benennen sondern eine Aufgabe der gesamten Verwaltung. Angefangen von den MitarbeiterInnen, die die Basisarbeit leisten, müssen die Gelder, die notwendig sind, um vereinbarte Ziele zu erreichen bis hinauf zu Fachbereichsleitung, Bereichsleitung und Dezernat definiert werden. Von unten nach oben gestaltet sich ein demokratischer Weg. Das Diktat von oben ist einer Demokratie nicht angemessen.

Natürlich können von Bürgerinnen und Bürgern formulierte Ziele nicht eins zu eins umgesetzt werden. Das ist auch jeder Bürgerin, jedem Bürger klar, die frei von finanziellen Rahmenbedingungen ihre Vorstellungen und Visionen benennen können, unzensiert und frei vom Sparzwang. Aber die Visionen, die von einer Bevölkerung formuliert werden, sollte Politik ernst nehmen als Ziele für Morgen, für eine Gesellschaft, in der die Bevölkerung leben will. Das führt zur Identifikation der Menschen mit unserer Stadt. Menschen nicht ausgrenzen sondern mitnehmen ist der einzige Weg, sie nicht zu Opfern von Populisten werden zu lassen.

Stattdessen ist unser jetziger Haushalt visionsfrei, ...
... ein Zahlenwerk erstellt, um die Bezirksregierung davon zu überzeugen, dass Oberhausen auch dieses Jahr wieder der Konsolidierungshilfe würdig ist.

Wir haben es immerhin erreicht, dass dieser Haushalt nicht von Ausschuss zu Ausschuss einfach nur ohne Diskussion verschoben worden ist. Ein erster Schritt, den mitgegangen zu sein, ich allen Beteiligten danke.

Bei diesem Schritt aber hat sich dann gezeigt, dass der Haushalt eher sperrig daherkommt. Er ist weit davon entfernt barrierefrei zu sein. Nicht nur, dass Tabellen mit Zahlen so gedruckt werden, dass die Zahlen nicht lesbar sind, gibt es doch auch seitenweise Erläuterungen zu Positionen, bei denen im Fließtext eine Zahl nach der anderen Erwähnung findet, was als Excel-Tabelle sicherlich eine hilfreiche Erläuterung hätte sein können, so dargestellt aber nur die Hemmschwelle, sich dem Werk zu nähern, erhöht.

Das ist die äußere Form, die nach Barrierefreiheit schreit, damit auch Zahlen-nicht-affine Menschen Lust bekommen sich mit den Inhalten zu beschäftigen.

Und diese Inhalte sollten die Wünsche und Visionen unserer Bürgerinnen und Bürger spiegeln. Wo sind sie? Wo sind die mutigen Ideen, die nicht nur den Mangel verwalten sondern aus dem Wenigen kreativ das Maximum herausholen? Was sind die Leitlinien, die jenseits des Sparzwangs die Richtung vorgeben? Wir können sie nicht entdecken.

Es gibt so viel zu tun, warum spiegelt der Haushalt das nicht ab? „Gute Arbeit ist Arbeit, die nicht krank macht“, so führt der Personalrat in seiner Stellungnahme aus. Ich bin dem André auf der Heiden sehr dankbar für diesen Hinweis. Vakanzen, unbesetzten Stellen stehen Überlastungsanzeigen gegenüber.

Werden Stellen ausgeschrieben, finden sich keine BewerberInnen. Stimmt der Preis nicht? Stimmen die Rahmenbedingungen nicht? Schulen finden keine LehrerInnen. Zum Teil, weil das Land nicht ausgebildet hat, zum Teil weil LehrerInnen nicht in Oberhausen zur Schule gehen wollen. Wo findet sich das im Haushalt?

Die Themen in unserer Stadtgesellschaft haben sich in den letzten Jahren nur unwesentlich verändert. Einige Themen mögen hinzugekommen sein: Menschenwürdige Unterbringungen von Geflüchteten, die zu uns nach Oberhausen kommen, faschistische Aufmärsche. Andere Themen scheinen sich erledigt zu haben: Bürgerentscheid zum Ausbau der Linie 105 auf Oberhausener Stadtgebiet. Viele wesentlichen Themen bleiben uns dauerhaft erhalten: Langzeitarbeitslosigkeit, steigende Zahlen von Kindern und Jugendlichen, die in Hartz-IV-Familien aufwachsen, Altersarmut, Sauberkeit und Bürgerbeteiligung.

Die Antworten sind leider auch seit Jahren immer ähnlich. Was können wir in der Stadt schon gegen das fehlende Geld für soziale Gleichheit machen?

Das Warten auf von Ländern versprochene kommunale Investitionsprogramme ist sinnlos. Land ist zwar näher an den Städten als der Bund. Die Probleme in den Kommunen lösen dort noch eine andere Betroffenheit aus. Was aber nützt die Ankündigung eines kommunalen Investitionsprogramms „Gute Schule 2020“ durch Ministerpräsidentin Kraft wenn sich im Haushaltsentwurf des Landes 2017 noch nicht mal ein Hinweis auf das Vorhaben findet. Umsetzung völlig unklar, aber wer soll das bezahlen?

Von daher ist die Haushaltsrede der Bürgerliste Oberhausen für den kommenden Haushalt eher eine Bitte an die KollegInnen im Stadtparlament, ihren Einfluss in Bund und Land geltend zu machen. Unsere Landtags- und Bundestagsabgeordnete müssen dort eine andere Politik einfordern, die die bestehende und fortschreitende Ungleichheit abbaut, die auf der Ebene der Städte nicht aufgefangen werden kann. Für die Würde unserer Städte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Andrea-Cora Walther | Gruppe Bürgerliste Oberhausen
Mitglied im Rat der Stadt Oberhausen



Bürg